

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Andreas Dressel, Ksenija Bekeris, Kazim Abaci,  
Hendrikje Blandow-Schlegel, Uwe Giffei, Regina-Elisabeth Jäck,  
Annkathrin Kammeyer, Doris Müller, Wolfgang Rose, Brigitta Schulz,  
Jens-Peter Schwieger, Frank Schmitt, Jan Quast, Dr. Mathias Petersen  
(SPD) und Fraktion**

**und**

**der Abgeordneten Dr. Anjes Tjarks, Mareike Engels, Antje Möller,  
Farid Müller, Phyliss Demirel (GRÜNE) und Fraktion**

**Betr.: Zügig Erstaufnahmeeinrichtungen und Folgeunterkünfte für Flüchtlinge  
schaffen**

Auf Bundesebene wird vor dem Hintergrund der weltweiten Fluchtbewegungen und der Herausforderungen bei der Unterbringung für Bund und Länder ein sogenanntes Beschleunigungsgesetz beziehungsweise Standardabweichungsgesetz vorbereitet, mit dem für einen befristeten Zeitraum für die Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation die Abweichung von geltenden Regelungen oder Standards ermöglicht werden soll. Insbesondere soll die Genehmigung von Unterkünften – nachdem auf Hamburger Initiative das Baurecht für Flüchtlingsunterkünfte schon einmal vereinfacht wurde – noch einmal erheblich erleichtert werden (zum Beispiel auch in Gewerbe- und Außenbereichen). Die Länder werden, so heißt es auf Bundesebene, ihrerseits zu entsprechenden Regelungen ermuntert.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

Der Senat wird ersucht, kurzfristig über den Sachstand bei der entsprechenden Bundesgesetzgebung und die sich dadurch für Hamburg ergebenden Möglichkeiten zu berichten sowie seinerseits zu prüfen, welche landesgesetzlichen Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung und Verfahrensvereinfachung bestehen. Sollten entsprechende Optionen gesehen werden, sind diese unverzüglich zu ergreifen.